Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 94. Sonnabend, 23. April 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 5/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Eine neue Entente?

Aus London kommt eine Meldung, die, wenn sie zutrifft, geeignet ist, die ganze europäische Politik in Verwirrung zu bringen. Diese Meldung besagt nämlich, daß der Abschluß einer neuen Entente zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika unmittelbar bevorsteht. Ihr Ziel: gemeinsame anti-italienische Politik, gemeinsame China- und Balkan-Politik. Schon im Mai bei Doumerques Besuch in London soll das neue Bündnis feierlichst bestätigt werden.

Diese Nachricht klingt so sensationell, kommt so unerwartet, daß die allergrößte Skepsis am Platze ist. Auch in deutschen Regierungskreisen ist man nach unseren Informationen von der Meldung über diese angebliche neue Entente völlig überrascht, man behält sich aber jede Stellungnahme vor, bis authentische Berichte unserer Vertreter in Paris und London vorliegen.

Daran, daß in gewissen Kreisen, namentlich der französischen Politik, sehr starke Strömungen vorhanden sind, der europäischen Außenpolitik eine neue Wendung zu geben, dürfte kaum zu zweifeln sein. Die berühmte Osterbotschaft, die der französische Außenminister an den Präsidenten der Vereinigten Staaten richtete, und die nicht weniger als ein förmliches Bündnisangebot an die Vereinigten Staaten enthielt, aber trotzdem anscheinend sang- und klanglos unter den Tisch gefallen ist, spricht dafür, daß auch die offizielle französische Politik, die sich seit der englisch-italienischen Freundschaft recht isoliert in Europa vorkam, neue Wege sucht. Berücksichtigt man ferner, daß die französische China-Politik sich auch ziemlich plötzlich und unerwartet auf den Kurs der englischen und amerikanischen China-Politik eingestellt hat, und daß die englisch-italienische Freundschaft unbestreitbar sich stark abgekühlt hat, nachdem Mussolini in der Albanien-Affäre den Ehrgeiz an den Tag gelegt hat, ohne Rücksicht auf England eigene Wege zu gehen, so wird man nicht bestreiten können, daß die Voraussetzungen für eine englisch-französisch-amerikanische Annäherung ohne weiteres gegeben sind. Aus der ganzen außenpolitischen Situation ergibt sich aber schließlich auch, daß diese Momente allein nicht ausreichend für eine politische Interessengemeinschaft oder gar „eine neue Entente" sind, wenn eines nicht wäre, nämlich die Abneigung gegen den Völkerbund, die in Frankreich und in England seit Aufnahme Deutschlands in den Bund von Tag zu Tag wächst.

Mag die Londoner Meldung auch falsch sein, so ist doch die Tatsache, daß in diplomatischen Kreisen der Gedanke einer neuen Mächtegruppierung, deren politische Ziele scharf gegen den Völkerbund gerichtet sind, ein Symptom, an dem auch die deutsche Politik nicht vorbeigehen kann. Uns interessiert weder der Balkan-Konflikt, noch der Kampf der Mächte in China. Was uns aber stark interessieren muß, ist die Zukunft des Völkerbundes, ist die Zukunft der sogenannten europäischen Locarno-Politik, auf die der Reichsaußenminister seine ganze Politik aufgebaut hat. Wir haben niemals daran gezweifelt, daß diese Fundamente der Stresemannschen Außenpolitik unsicher und schwankend waren, und daß die erste schwere Krise der Völkerbund-Politik die Ziele der ganzen deutschen Außenpolitik illusorisch machen würde. Der Völkerbund ist mitten in einer solchen Krise. Das angebliche englisch-französisch-amerikanische Bündnis würde nur die Entwicklung bestätigen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begann. Wir haben es erlebt, daß die so viel gerühmte Locarno-Politik zwar zu einem beliebten Gegenstand platonischer Kundgebungen bei irgend welchen feierlichen internationalen Anlässen wurde, daß sie aber in der Praxis wenig von sich spüren ließ. Die erste wirklich große Aufgabe, die der Völkerbund zu lösen hatte, war die allgemeine Abrüstung. Und gerade die Verhandlungen über dieses heikle Problem scheinen die Ursache für die Abkehr Englands und Frankreichs vom Völkerbunde zu werden.

Trotz allem setzt die deutsche Politik alle ihre Hoffnungen immer noch auf Genf. Sie wird auch nicht klug werden, wenn tatsächlich ein solches Ereignis eintreten sollte, wie die sensationelle Londoner Meldung es ankündigt. Was aus der deutschen Politik wird, wenn England, Frankreich und die Vereinigten Staaten oder auch nur England und Frankreich in allen außenpolitischen Dingen gemeinsame Sache machen sollten, das liegt auf der Hand: Stresemanns Außenpolitik würde ein Fiasko erleiden, wie es furchtbarer nicht gedacht werden kann.

Wir hoffen, daß das angebliche neue Bündnis der offiziellen deutschen Politik ein Warnungssignal ist, mag dieses Bündnis nun die Ausgeburt diplomatischer Phantasielust sein oder tatsächlich auf konkreten Grundlagen beruhen. Dr. Stresemann scheint der Meinung zu sein, daß der Kurs der deutschen oder sogar der europäischen Außenpolitik durch unvorhergesehene Zwischenfälle nicht gestört werden kann. Schon das französische Bündnisangebot an die Vereinigten Staaten hätte ihn eines besseren belehren müssen. Das die erste Phase der europäischen Nachkriegspolitik allmählich zu Ende geht, und daß sich eine völlig neue Entwicklung der Weltpolitik vorbereitet, steht zweifellos fest. Hoffentlich besitzt die deutsche Außenpolitik genügend Elastizität, sich dieser neuen Entwicklung so anzupassen, wie es das Interesse Deutschlands erfordert.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Wie mitgeteilt wird, **kehrt Reichspräsident von Hindenburg heute abend von seinem Osterurlaub aus Hannover nach Berlin zurück.**

Regelung der Tientsiner britischen Konzessionsfrage.

)(London, 23. April. **Westminster Gazette meldet aus Peking den befriedigenden Abschluß der Verhandlungen für die Uebergabe der britischen Konzessionen in Tientsin. Die Bedingungen wurden an die Regierungen zur Billigung geleitet. Die Konzessionen werden von einem Rat aus fünf Chinesen und fünf Engländern verwaltet werden. Der chinesische Vorsitzende besitzt die ausschlaggebende Stimme. Die Sicherheit der Munizipalbonds und der finanziellen Anlagen wird verbürgt, während die Chinesen alle fremden Pachtverträge anerkennen. Die Chinesen wünschen die Munizipalpolizei in der Stadt der Tientsiner Polizei einzuverleiben, damit sie die Polizeiaufsicht d. Konzessionsgebiete behalten. Sie beabsichtigen, auch ausländische Inspektoren mit beratender Stimme beizubehalten. Der Korrespondent betont, daß die Vertreter Tschangtsolins eine sehr versöhnliche Haltung gezeigt hätten.**

•

Eine Erklärung des Außenministers Tschangkaischeks.

* London. (Telunion.) Wie der Sekretär des Schanghaier Büros für auswärtige Angelegenheiten, Wukao, mitteilt, ist **Dr. Wu an Stelle Tschens zum Außenminister der nationalistischen Regierung ernannt worden. Kuin wird als Nachfolger Sungs das Finanzministerium übernehmen.** Der neue Außenminister Dr. Wu erklärte, daß die Hankauer Kommunisten eine Belohnung von 100 000 Mark für die Ermordung des Generals Tschangkaischek ausgesetzt hätten. Die Kommunisten sollen in den Provinzen Honan und Hupeh über 70 000 Soldaten verfügen, allerdings immer noch beträchtlich weniger als die Truppen Tschangkaischeks. **Wu dementierte sodann die Nachricht, daß zwischen Tschangkaischek und Tschangtsolin eine Verständigung zustande gekommen sei.** Er erklärte weiter, daß ein Waffenstillstand so lange unmöglich sei, als die Nordtruppen eine militärische Einheit bilden; **von einem besonderen Abkommen mit Japan könne keine Rede sein** und die Nationalisten hätten nicht die Absicht, irgend ein Land gegenüber anderen zu bevorzugen.

•

Die Politik Tschangkaischeks.

Paris. (Funkspruch.) Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in Schanghai hat von **General Tschangkaischek Erklärungen über die von ihm geplante Politik** erhalten.

Tschangkaischek vertritt darin folgende drei Grundsätze:

1. Er hofft, daß die Mächte dem chinesischen vom Bolschewismus befreiten Nationalismus ihre Unterstützung nicht versagen würden.

2. Er ist **bereit, sich mit Marschall Tschangtsolin zu verständigen, wenn dieser sich zu den von Sunjatsen aufgestellten nationalistischen Grundsätzen bekenne.**

3. Er werde die für die Nankinger Zwischenfälle verantwortlichen Personen bestrafen und Genugtuung geben durch Entschädigung der Opfer bezw. ihrer Hinterbliebenen.

Im übrigen betonte Tschangkaischek, daß er **gegen die bolschewistischen Elemente in seinem Heere energisch vorgehen werde.** Der russische General Gallent sei bereits geflüchtet. Gegen Borodin habe er einen Haftbefehl erlassen.

•

Die Situation in Schanghai

hat sich nunmehr soweit **gebessert**, daß die Munizipalbehörden erwägen, einige seit der Einnahme der Stadt durch die Kantonesen in Kraft getretenen Vorsichtsmaßnahmen aufzuheben. **Es verlautet, daß der Belagerungszustand in Kürze aufgehoben werden soll.** Die Nationalisten sollen vorgestern abend wiederum 8 Agitatoren hingerichtet haben. Aehnliche Hinrichtungen werden auch aus den Städten Nanking und Swatau berichtet, wo der rechte Flügel der Nationalisten sich immer mehr konsolidiert. Die antikommunistische Stimmung soll in dem von dem rechten Flügel beherrschten Städten im Zunehmen begriffen sein.

•

Absage des Generalstreiks in Hongkong.

Hongkong. (Funkspruch.) **Die Kantonregierung hat den Arbeitern befohlen, dem Generalstreikbefehl der Allgemeinen Arbeiterunion nicht nachzukommen. Der Streik mußte daher für heute vormittag 10 Uhr abgesagt werden.**

Die Finanzkrise in Japan.

Ein Moratorium von 11 Tagen.

)(Tokio. **Der Geheime Rat hat sich für ein Moratorium von 21 Tagen entschlossen.**

Die Auszahlung der Löhne, sowie die Rückzahlungen der Schulden der Lokalbehörden und der kleinen Bankdepositen werden vom Moratorium nicht beeinträchtigt. **Die Bankiers von Osaka erklären, es sei keine Ursache für eine Panik vorhanden.** Sie beschuldigten die Behörden der Hauptstadt, die Krise durch ihr überstürztes Eingreifen in die Angelegenheit der Bank von Taiwan entfacht zu haben.

•

Zahlungseinstellungen japanischer Bankinstitute.

* London, 21. April. (Telun.) Trotz der Bemühungen der Bank von Japan, die in Schwierigkeiten befindlichen japanischen Finanzinstitute nach Möglichkeit zu retten, hat eine Reihe weiterer Banken ihre Zahlungen eingestellt. Als indirekte Folge der gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten gingen die Werte an der heutigen Börse rapide zurück. Man glaubt, daß die Regierung der Bank von Japan Anweisung gegeben hat, Ausnahmevorschüsse zu gewähren. Es verlautet, daß die Bank von Japan auf Grund dieser Order bereits beträchtliche Beträge ohne die übliche Sicherheit ausgegeben hat, deren Gesamtwert die ungeheure Summe von 1062 Millionen Yen, also rund 2 Milliarden Mark, erreicht haben soll. In Osaka wurden gestern sieben Millionen Banknoten ausgegeben, um die Bedürfnisse einer in Schwierigkeiten geratenen Bank, die von ihren Gläubigern gestürmt wurde, zu befriedigen. Im Gebäude des Ministerpräsidenten wurde heute unter dessen Vorsitz eine Konferenz der bedeutendsten Bankiers abgehalten, die jedoch ohne Beschluß auseinanderging.

Neue Schreckensnachrichten vom Mississippi.

* Newyork. (Telunion.) Aus dem Ueberschwemmungsgebiet des Mississippi kommen immer neue Schreckensnachrichten. Die Zahl der Toten ist auf über 200 und die der Obdachlosen auf 175 000 gestiegen. **Weitere 150 000 Menschen sind in Gefahr, durch die hereinbrechenden Fluten von Haus und Hof vertrieben zu werden.** 3000 Quadratmeilen Land stehen im Mississippi-Delta unter Wasser. An vielen Stellen wurden die Dämme mit derartiger Gewalt eingerissen, daß Dutzende von Ortschaften und Tausende von Aeckern im Nu überflutet waren. Die Lage in Missouri und Arkansas ist geradezu verzweifelt. Infolge der Lebensmittelknappheit nimmt die Seuchengefahr vielerorts ständig zu. Ueberall im Ueberschwemmungsgebiet sind Truppen zur Hilfeleistung eingesetzt und Flüchtlingslager eingerichtet worden. Die Washingtoner Regierung hielt wegen des Hochwassers eine Sitzung ab und Präsident Coolidge hat in einer Proklamation zur Unterstützung der von der furchtbaren Katastrophe Betroffenen aufgefordert.

Reichsminister von Keudell in München.

)(München. Reichsinnenminister **Dr. von Keudell** ist heute vormittag in München eingetroffen, um, wie bereits gemeldet, der bayerischen Regierung seinen Antrittsbesuch abzustatten. Gleichzeitig werden zwischen dem Reichsinnenminister und den einschlägigen bayerischen Ministerien Besprechungen über schwebende Fragen stattfinden. Um 1 Uhr war bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held ein kleines Frühstück vorgesehen. Am Abend folgt Herr von Keudell einer Einladung des Staatsministers Stützel zu einem Souper in engstem Kreise. Am Sonntag wird Reichsinnenminister von Keudell das Deutsche Museum besuchen und am Nachmittag einer Einladung des Vertreters der Reichsregierung in München, Gesandten Freiherrn Haniel von Haimhausen, nach Haimhausen Folge leisten.

Empfang Paynes durch das Deutsche Rote Kreuz.

* Berlin. (Telunion.) Der gestern früh hier eingetroffene **Präsident des amerikanischen Roten Kreuzes**, zugleich Präsident der Internationalen Liga der Rot-Kreuzgesellschaften in Paris, **Hon. John Barton Payne**, stattete dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, **Herrn von Winterfeldt-Menkin** einen Besuch ab. Zu Ehren Paynes gab der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes ein Abendessen, in dem u. a. der amerikanische Botschafter, Dr. Stresemann, Herr Dr. von Keudell und die Vertreter des abwesenden Reichswehrministers und des Reichsarbeitsministers teilnahmen.

Deutsch-italienische Ministerbesprechungen.

* Rom. (Telunion.) Der italienische Wirtschaftsminister Belluzzo hatte gestern mit Mussolini eine längere Aussprache über die italienische Wirtschaftslage und einige besondere Industrie- und Landwirtschaft betreffende Fragen, die bei einer Konferenz Belluzzos mit Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zur Sprache kommen sollen. Belluzzo reist Montag abend nach Mailand ab und wird Dienstag mit Dr. Curtius zusammenkommen.

Ein Flug Paris—Mainz.

)(Paris. Ein Militärflugzeuggeschwader von sieben Flugzeugen hat gestern die 900 Kilometer lange Strecke Paris—Mainz und zurück in 7 Stunden 40 Minuten zurückgelegt. Es stieg in Le Bourget um 8 Uhr vormittags auf und landete dort wieder gegen 5 Uhr nachmittags.

Tödlicher Flugzeugunfall.

)(Courtrai. Bei den Uebungen eines Militärflugzeuggeschwaders bei Courtrai sind zwei Flugzeuge **zusammengestoßen und abgestürzt. Die Insassen wurden getötet.**